

Last für Lehrer und Schulen

GEW wehrt sich gegen befristete Beschäftigung von Lehrern

Von Rolf Reißmann

RHEINFELDEN. Für Außenstehende ist der Begriff kaum verständlich: Nichterfüller. Das Kultusministerium bezeichnet damit Lehrer, die sehr spezifische baden-württembergische Anforderungen nicht erfüllen. Selbst erfolgreiche Absolventen namhafter Universitäten werden so nicht als vollwertige Lehrer anerkannt. Nichterfüller sind nämlich Lehrer ohne unbefristeten Vertrag. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wehrt sich gegen befristete Beschäftigungen. Diese würden für Lehrer und Schulen zur Last, hieß es bei einem Pressegespräch.

Mit Beginn der Sommerferien enden die Arbeitsverhältnisse befristet Beschäftigter, eventuell gibt es mit Beginn des neuen Schuljahres einen neuen Vertrag. Mitunter laufe das Schuljahr bereits drei bis vier Wochen, bevor sie ihren neuen Vertrag erhalte, erzählt Peggy Hermann. Sie lebt schon seit elf Jahren so. Für die GEW-Kreisvorsitzende Anja Hanke fällt so lange unbefristete Beschäftigung unter die unzulässigen Kettenverträge.

Betroffen sind auch Lehrer mit Abschlüssen in anderen EU-Ländern. Schulleiter Norbert Asal berichtete von einer Kollegin, die an einer amerikanischen Spitzenuniversität lehrte, hier aber als unzureichend ausgebildet bewertet wird. Die GEW möchte, dass diese Methode möglichst bald beendet wird. Denn benötigt würden die Lehrkräfte, sie erfüllten gleiche Aufgaben wie ihre Kollegen. Im gesamten Bundesland sind derzeit 4033 Lehrkräfte befristet beschäftigt, vor zehn Jahren waren nur 1216. Vielfach würden

die Nichterfüller für spezifische Aufgaben eingesetzt, zum Beispiel in Vorbereitungsklassen mit vielen Migrationskindern. Oft verfügten Lehrer mit Abschlüsse in anderen Ländern über umfangreiche Sprachkenntnisse, die ihnen bei solchen Zusammensetzungen der Klassen von erheblichem Nutzen sind.

Dabei mangelt es grundlegend an Lehrern im Land. 560 Stellen gelten als nicht besetzt. Für die zunehmende Zahl an Vorbereitungsklassen werden noch etliche Lehrkräfte mehr benötigt. Derzeit liegt bei diesen für den Integrationsprozess so wichtigen Klassen die Beschäftigung weit hinter den Erfordernissen zurück, auf etwa 60 Kinder komme eine Lehrkraft. Die GEW fordert die Gleichbehandlung. Die jährlichen Kündigungen der Arbeitsverhältnisse verursachten erhebliche Belastungen – im Schulbetrieb und persönlich. Vor kurzem habe Kultusministerin Susanne Eisenmann bei einem Gespräch in Waldshut aber gesagt: „Wir wollen die Personen nicht in unserem System.“

Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller konnte den Gewerkschaftern auch keine Lösung nennen. Sie verwies darauf, dass der frühere SPD-Kultusminister Stoch in erheblichem Maße Lehrerstudienstellen gestrichen habe, was sich bis heute auswirke. „Dennoch weiß ich aus meinem Wahlkreis, dass die Nichterfüller erheblich zum funktionierenden Alltag an den Schulen beitragen,“ sagte sie. Es müsse im Interesse des Landes liegen, hier bald eine Lösung zu finden. So könnte man zunächst mehrjährige Verträge anbieten. Die GEW selbst schlägt vor, dass Nichterfüller unkompliziert Abschlüsse erwerben können, die eine unbefristete Anstellung ermöglichen.



Katrin Arndt, Anika Bächle, Anette Eckstein, Sabine Hartmann-Müller, Peggy Hermann, Anja Hanke und Benita Hasselblatt (von links). FOTO: REISSMANN